

## INTERNATIONALE RUNDSCHAU

### Neue Perspektiven in Frankreich

Im Sommer und im Herbst 1959 haben sich in Frankreich neue Perspektiven für die gewerkschaftliche und politische Entwicklung eröffnet. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich nach langer Zeit wieder zur Aktionseinheit zusammengefunden; nicht nur für die Verteidigung des Lebensniveaus, sondern auch für die Beendigung des Algerienkrieges, der schwer auf dem französischen Staatshaushalt lastet. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat *de Gaulle* am 16. September das Selbstbestimmungsrecht für Algerien proklamiert und den Kampf gegen die reaktionären Ultras aufgenommen, die den Kolonialkrieg verewigen wollen. Schließlich hat die neue französisch-russische Annäherung die französischen Kommunisten veranlaßt, ihre Haltung zum gaullistischen Regime zu revidieren.

### *Umschwung in den Gewerkschaften*

Die französische Arbeiterschaft hat sich 1958, als die 4. Republik stürzte, - still verhalten. Große Arbeitermassen haben für de Gaulle mit „Ja“ gestimmt.

Seit der Drohung des gaullistischen Premierministers *Debré* im Juni 1959, gegen die streikenden Eisenbahner mit Zwangsmobilmachung vorzugehen, hat sich das Blatt gewendet. Sozialistische, kommunistische und christliche Gewerkschaften sind eng zusammengedrückt. Die Jahreskongresse der großen Gewerkschaftsbünde verzeichneten deutliche Radikalisierung. Besonders bemerkenswert sind die Entschließungen der christlichen Gewerkschafter für „Nationalisierung der Schlüsselindustrien“ und „soziale Demokratie“. Der „politische Massenstreik“ sei unvermeidlich geworden gegen ein Regime, welches mit Gewalt das Streikrecht einschränkt, sagte der einflußreiche christliche Eisenbahner-Gewerkschaftsführer. Das waren keine bloßen Redeübungen, sondern eine konkrete Ankündigung für die gegenwärtigen Lohnbewegungen und Massenkundgebungen.

Debré hat also im Juni einen achtstündigen Warnstreik durch brutale Drohung vermieden, damit aber die gesamte Arbeiterschaft gegen das Regime aufgebracht. Die Gewerkschaften stoppten die Bewegung, um sich auf größere Kämpfe besser vorzubereiten.

Die gleichen sozialen Gegensätze stellen sich in diesem Herbst 1959 noch schärfer. „Die französischen Arbeiter weigern sich, endlos die Kosten der Austeritätspolitik zu tragen“, erklärte der Präsident des Christlichen Gewerkschaftsbundes Frankreichs, *Maurice Bouladoux*, schon im Juni auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Er faßte mit diesen Worten die Stimmung der gesamten französischen Arbeiterschaft zusammen. Weitsichtigere Wirtschaftskreise drängen die Regierung zu beschleunigter Lösung der sozialen Probleme. Sie wissen, daß die Unzufriedenheit in den Betrieben ständig wächst.

Die französischen Eisenbahner verdienen seit Jahren um 20 vH weniger als die entsprechenden Kategorien der Privatindustrie. Aus diesem Grunde wurden ihnen noch in der 4. Republik zuerst eine Erhöhung von 9 vH zugesagt und weitere 2 vH versprochen, auf die sie jetzt noch warten. Über 100 000 Eisenbahner beziehen einen Monatslohn von etwa 40 000 Franken (etwa 360 DM), die Preise sind aber höher als in Deutschland und steigen weiter. Die Lohnbewegung hat also tiefe soziale Ursachen.

Die relative Stabilisierung der französischen Wirtschaft vollzog sich ausschließlich auf dem Rücken der kleinen Leute. Selbst de Gaulle hat ganz offen zugegeben, daß die Ärmsten der Armen die Kosten der Austeritätspolitik zu tragen haben.

Das gegenwärtige einheitliche Vorgehen der drei großen Gewerkschaftsverbände Frankreichs, der kommunistisch, sozialistisch und christlich ausgerichteten Berufsverbände, ist eines der bedeutsamsten Ergebnisse dergaullistischen Sozialpolitik. Premierminister Debré versuchte zuerst, nur die christlichen und dann auch die sozialistischen Gewerkschafter zu empfangen, mußte aber schließlich ebenso mit den kommunistischen Eisenbahnern verhandeln, denen er vorher „politische Taktik“ vorgeworfen hatte. Es ist natürlich kein Geheimnis, daß die KP diese Krise für ihre Parteizwecke auszunutzen sucht; wer aber hat ihr dieses Spiel erleichtert, wenn nicht das gaullistische Regime?

Die offene Bedrohung des Streikrechtes, das von de Gaulle und Debré unterzeichnete Requirierungsdekret, lassen das gegenwärtige Regime in neuem Licht erscheinen, es steht jetzt vor der ganzen Arbeitnehmerschaft als autoritäres Regime da, dem man mit befristeten Warnstreiks nicht mehr beizukommen vermag. Das war der Sinn der Atempause seit Juni in einem Ringen zwischen dem neuen Regime und einer Arbeiterschaft, die sich nicht geschlagen gibt und wieder Mut faßt.

### *Umschwung in der Algerienpolitik und in der Innenpolitik*

Zum erstenmal in der Geschichte Frankreichs hat ein Staatschef die Lostrennung Algeriens durch Volksabstimmung in Aussicht gestellt. Unter dem Druck der Weltmeinung mußte die gegenwärtige französische Staatsführung endlich mit der Illusion brechen, nach der Algerien angeblich ein Bestandteil Frankreichs ist. Um dieses neue Blatt in der französischen Geschichte aufzuschlagen, war de Gaulle gezwungen, seinen Plan bis zum letzten Augenblick geheimzuhaltend und seine eigenen Minister gesondert vorzubereiten, um sich schließlich über ihre Köpfe hinweg an die Öffentlichkeit zu wenden.

Das Versprechen ist gegeben und kann nicht mehr zurückgenommen werden; das Prinzip ist verkündet und bedeutet einen radikalen Bruch mit einer hundertjährigen Politik, insbesondere aber mit der Integrationslosung der Maiputschisten. Die Opposition gegen de Gaulles Plan kommt daher in erster Linie von rechts. Das Hauptargument dieser Agitation ist, de Gaulles Vorschlag sei wortbrüchig, landesverräterisch, verfassungswidrig und gemeingefährlich. In der ersten Reihe der faschistischen Aufruhrhetze stehen wieder die „Volksbewegung des 13. Mai“, die „Nationalfront“, die „Ständestaatsbewegung“ und die Überreste der „Wohlfahrtsausschüsse“.

In der gaullistischen Regierungspartei UNR ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Das Zentralkomitee hat nach stundenlangem Debatte de Gaulles Plan gebilligt, aber hinzugefügt, daß dadurch „die unlösbaren Bande zwischen Frankreich und Algerien endgültig befestigt“ würden und „jede separatistische Lösung“ abzulehnen sei.

Ebenso tief ist die Krise in der zweiten Regierungspartei; der Generalsekretär der „Unabhängigen“, *Ducket*, hat de Gaulles Plan offen verworfen und seine „Befürchtungen“ zum Ausdruck gebracht: „Der General ist eine Wette eingegangen, die gefährlicher ist als die, durch welche wir Conakry (Guinea) verloren haben.“

Viele Rechtsbürgerliche in Frankreich und Algerien glauben noch an ein Wunder oder an eine für die UNO bestimmte „List“ des Generals. Sie wollen nicht begreifen, daß Frankreichs Uhren vorgerückt sind. De Gaulles deutliche Ablehnung irgendwelcher politischer Verhandlungen mit den Aufständischen hat bis jetzt auf die rechtsradikale Empörung bremsend gewirkt. Das könnte sich ändern, wenn es schließlich doch zu einem Dialog zwischen Paris und den algerischen Nationalisten kommt.

Die französische Arbeiterbewegung hat die Bedeutung dieses historischen Wendepunktes begriffen und drängt jetzt auf wirkliche Waffenstillstandsverhandlungen. Die Gewerkschaften haben auf ihren letzten Kongressen diese Forderung deutlich erhoben. De Gaulle hat,

seinen Anhängern zum Trotz, in Algerien den Weg der Selbstbestimmung gewiesen, der schon vorher von der 4. Republik — unter *Mendès-France* — in Tunesien und Marokko eingeschlagen wurde. Es wird auf diesem Wege, den die französische Linke von Anfang an gefordert hat, noch Krisen und Erschütterungen geben, es gibt aber kein Zurück mehr.

De Gaulles Septemberproklamation für Algeriens „Selbstbestimmung“ führte direkt zum *Oktoberkomplott der Ultras*. Die „Aktivisten“ versuchten im Oktober, die Regierung *Debré* zu stürzen und eine „Durchhalteregierung“ *Bidault* durchzusetzen; Massenaustritte aus der gaullistischen UNR und Straßenkundgebungen sollten eine „politische Umwälzung“ herbeiführen.

Marschall *Juin*, der schon so oft als Gegenspieler de Gaulles auftrat, hat sich offen an die Spitze der Rechtsopposition gestellt; in der Pariser rechtsradikalen Morgenzeitung *Aurore* bat er den Selbstbestimmungsplan des Staatschefs angegriffen und darüber hinaus insinuiert, de Gaulles Proklamation habe die algerischen Rebellen ermuntert.

Die Linke reagierte daraufhin scharf. Der Sozialist *Gaston Defferre* verlangte im Senat, daß *Juin* zur Ordnung gerufen werde. Der Marschall wurde tatsächlich zum Verteidigungsminister *Guillaumat* bestellt, der ihm zu verstehen gab, daß ein aktiver Militär nicht die Politik des Staatschefs und Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte zu kritisieren habe. Der Inhalt des darauf folgenden Briefwechsels zwischen *Juin* und de Gaulle ist nicht bekannt, doch weiß man, daß der Marschall bis auf weiteres an den Sitzungen des Obersten Verteidigungsrates nicht mehr teilnehmen wird.

Es scheint nun, daß die Umsturzvorbereitungen der *Ultras* gestoppt sind. Aber um welchen Preis? In den Kommentaren wird der Selbstbestimmungsplan de Gaulles wieder verwässert.

Hinter diesem Tauziehen zwischen den *Ultras* und den Friedenskräften stehen sehr konkrete Gefahren. Falls de Gaulle über die Grenzen seiner Septemberproklamation hinausgehen sollte, wäre das „Selbstmord, das Ende des Regimes“, schreibt das *Echo d'Alger*, und der Verfasser, *Bernard Marion*, ist ein früheres Mitglied des Stabes des General *Massu*, der Verbindungsmann zwischen der Armee und den *Ultras*. Auf der anderen Seite aber warnte *Guy Mollet* mit überraschender Schärfe: „Falls es Wahnsinnige geben sollte, die sich mit Gewalt der Politik des 16. September widersetzen wollten, sind wir Sozialisten sicher, die Gesamtheit der republikanischen und sozialistischen Arbeiter zu sammeln und zahlreiche kommunistische Wähler stünden dann mit uns.“ In der Tat, die KPF hat sich für de Gaul-

les Algerienplan erklärt, der auch von *Chruschtschow* begrüßt wurde!

An der Schwelle des 6. Kriegsjahres ist also noch alles in der Schwebe; der Krieg geht weiter, aber auch die Bürgerkriegsdrohung ist nicht gebannt.

### *Umschwung in der Außenpolitik*

Mit Beendigung des kalten Krieges, im Zeichen der Besprechungen Eisenhower—Chruschtschow und der bevorstehenden Gipfelkonferenz, hat die neue Verständigung zwischen den Westalliierten und Rußland begonnen. Unter diesen Umständen fühlt sich das gaullistische Frankreich nicht mehr unbedingt an eine atlantische Disziplin gebunden. Der Weg zur direkten französisch-russischen Verständigung ist wieder frei, nicht bloß als zeitlich beschränktes Manöver, sondern als neuer und wesentlicher Faktor auf dem diplomatischen Schachbrett.

Diese Annäherung erfolgt auf drei Ebenen-, Europa, Afrika, französische Innenpolitik. In Europa einigen sich Rußland und Frankreich wieder auf Kosten Deutschlands; die ausdrückliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch de Gaulle und seinen Premierminister *Debré*, das freundliche Echo Chruschtschows vor dem Obersten Sowjet sind die Grundlage dieser Verständigung. Auch die Zweiteilung Deutschlands, die in Moskau und Paris nach außen hin wohl bedauert wird, ist nicht ganz unerwünscht. Darüber hinaus hofft die gaullistische Diplomatie, durch direkte Gespräche mit Moskau sich von der anglo-amerikanischen Vormundschaft befreien zu können und eine Vermittlerrolle zwischen West und Ost zu spielen. Chruschtschow ist bereit, bis zu einem gewissen Grad auf dieses Spiel einzugehen, in der Hoffnung, dadurch die Atlantikfront zu erschüttern.

In Afrika haben Frankreich und Rußland besondere Berührungspunkte. Während Peking den Aufstand der afrikanischen Völker offen fördert, zieht Moskau den französischen Status quo einem wachsenden amerikanischen Einfluß in Afrika vor. So kann man jetzt das kuriose Schauspiel erleben, daß Washington, unter dem Druck der afrikanischen und asiatischen Völker, auf baldige Verhandlungen zwischen Paris und der FLN drängt, während Chruschtschow — der die algerische Exilregierung nie anerkannt hat — bremst und plötzlich die „historischen Bande“ zwischen Frankreich und Algerien entdeckt. De Gaulle gewinnt damit Zeit und Moskau größeren Einfluß auf die französische Außen- und Innenpolitik.

Das ist einer der weittragendsten Aspekte dieses Wendepunktes. Schon hat die Kommunistische Partei Frankreichs neue, mildere und

nationale Töne angeschlagen und ihre Unterstützung für de Gaulles Algerienpolitik proklamiert. Damit ändert sich die innenpolitische Basis des gaullistischen Regimes. Die KPF, immer noch die relativ stärkste Partei Frankreichs, könnte, wie vor dem kalten Krieg, wieder regierungsfähig und staaterhaltend werden. Für die französische Gewerkschaftsbewegung ergäbe das eine neue Situation. Man hat nicht vergessen, daß die kom-

munistischen Arbeits- und Produktionsminister der Regierung de Gaulle bis 1946 besonders entschiedene Gegner von Lohnstreiks waren. Man hat bereits festgestellt, daß kommunistische Gewerkschaftskreise in diesem Herbst 1959 dem gaullistischen Regime keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten wollen. Die Räder der Außen-, Innen- und Gewerkschaftspolitik greifen in Frankreich eng ineinander.  
*Robert Hertz, Paris*